



Bericht und Beschlussempfehlung

des Sozialausschusses

Finanzielle Belastung durch Coronakrise beim Rentenniveau berücksichtigen

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 19/2746

Der Sozialausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 26. Februar 2021 überwiesenen Antrag der Fraktion des SSW in mehreren Sitzungen befasst. Im Rahmen der Beratungen zu der Vorlage legten die Koalitionsfraktionen einen Entschließungsantrag vor. Der Ausschuss schloss seine Beratungen in seiner Sitzung am 18. November 2021 ab.

Mit den Stimmen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimme des SSW bei Enthaltung der Stimmen der SPD empfiehlt er dem Landtag, den Antrag des SSW in der Drucksache 19/2746 abzulehnen.

Außerdem empfiehlt er dem Landtag einstimmig, den folgenden Antrag zu übernehmen und ihm zuzustimmen:

„Der Landtag wolle beschließen:

Eine dauerhafte verlässliche, auf Leistung wie sozialer Notwendigkeit beruhende Rente ist ein Eckpfeiler der solidarischen Gesellschaft. Dies gibt Seniorinnen und Senioren Sicherheit.

Die für 2022 vorgesehene Rentenerhöhung von 5,2 beziehungsweise 5,9 % (im Osten) ist die höchste seit vielen Jahren in Deutschland. Sie gleicht damit auch zum Teil aus, dass es in 2021 aufgrund der coronabedingten Lohnentwicklung keine Erhöhung der Renten gab. Außerdem verfolgt die Erhöhung das Ziel der Rentenangleichung zwischen Ost und West. Der Sozialausschuss ist sich dessen bewusst, dass auch Seniorinnen und Senioren während der Coronazeit höhere Ausgaben haben. Sollte die Coronalage anhalten, sollte dies bei der Rente und den zu treffenden Entscheidungen des Bundestages und der Bundesregierung Berücksichtigung finden.

Es ist zudem nötig,

- die Grundrente darauf zu überprüfen, inwieweit Gerechtigkeitslücken geschlossen werden können,
- das Rentensystem dahingehend zu überprüfen, dass bei langfristig Arbeitenden geringe Löhne/Einkommen eine Berücksichtigung in einer Höhe finden, die eine angemessene Alterssicherung sicherstellen,
- die Besteuerung der Renten auf Ungerechtigkeiten zu überprüfen.“

Werner Kalinka
Vorsitzender